

Der Bundesminister für Wirtschaft

IV A 7 - 12333/52

Bonn, den 9. April 1952

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Kleine Anfrage Nr. 248 der Fraktion der SPD - Nr. 3179 der Drucksachen - Wiedererrichtung eines Schiffsreparatur- und Dockbaubetriebes

Zu der Kleinen Anfrage Nr. 248 der Fraktion der SPD teile ich folgendes mit:

Zu a):

In der Frage der Wiedererrichtung eines Schiffsreparatur- und Dockbaubetriebes auf dem Gelände der ehemaligen Schiffswerft Blohm & Voss, Hamburg-Steinwerder, hat die Bundesregierung wiederholt Vorstellungen bei der Alliierten Hohen Kommission unternommen. Die Bemühungen der Bundesregierung sind bei der Alliierten Hohen Kommission jedoch ohne Erfolg geblieben, da die Alliierte Hohe Kommission die Genehmigung des Antrages von Blohm & Voss auf die beschränkte Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit durch Errichtung einer Schiffsreparatur-Werkstatt für unvereinbar hält mit dem Abkommen über Industriekontrollen vom 3. April 1951. Das Militärische Sicherheitsamt hat daher auch den Antrag des Nachfolgebetriebes auf dem Gelände von Blohm & Voss, der Steinwerder Industrie A. G., in der gleichen Angelegenheit abgelehnt.

Da auf Grund der 7. Durchführungsverordnung zum Gesetz der Alliierten Hohen Kommission Nr. 61 keine Möglichkeit besteht, neue Werftkapazitäten zu errichten oder Werftkapazitäten zu erweitern, ist die Bundesregierung der Auffassung, daß vor Abschluß des Generalvertrages ihre Bemühungen in dieser Frage zu keinem Ergebnis führen werden.

Diesem Standpunkt hat sich auch der Wirtschaftspolitische Ausschuß angeschlossen, der in seiner Sitzung am 13. Februar 1952 die Angelegenheit erneut behandelt hat.

Zu b):

Da die Verhandlungen über den Generalvertrag und seine Zusatzabkommen noch nicht beendet sind, kann zunächst auf die hier gestellte Frage eine Beantwortung nicht erfolgen: es ist jedoch zu hoffen, daß nach Abschluß des Generalvertrages Beschränkungen hinsichtlich der Errichtung neuer Schiffbau-Kapazitäten nicht mehr bestehen werden.

Dr. Erhard